

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/64

Hannover, 31. Mai 1948

Tatsachen und Zusammenhänge

Die innerdeutsche Situation und die Haltung der GBU

P.R. Es scheint an der Zeit, nachdrücklich auf einige besonders interessante Tatsachen und Zusammenhänge in der deutschen Innenpolitik hinzuweisen:

1. Man weist heute mit ziemlicher Bestimmtheit, dass die bevorstehende Währungsreform eine der radikalsten in der bisherigen internationalen Währungsgeschichte sein wird und dass sie vermutlich zunächst einmal einen regelrechten wirtschaftlichen und psychologischen Schock auslösen wird. Viele gute Kenner der Materie begrüßen dies, weil nach ihrer Ansicht nur ein wirklich tiefgehender Schnitt Erfolg verspricht.

2. Eine Bestätigung dieser Auffassung liegt auch in der Feststellung des Generals Clay, für eine so harte Massnahme müssten die Besatzungsmächte selbst die Verantwortung übernehmen, weil jede deutsche Stelle, die dafür geradestehen wollte, in die unmittelbare Gefahr schwerster Diskreditierung durch die deutsche Bevölkerung kommen müsste. Das ist deutlich genug.

3. Gleichzeitig ist aber von massgebender Seite der alliierten Westmächte erklärt worden, nur die wirtschaftliche Seite der Reform sei ihre Sache, unabhängig davon, wie weit sie sich die deutsche Währungsreform zuzuschließen zu eigen machen würden. Durch die Reform notwendig werdende wirtschafts- und sozialpolitische Massnahmen müssten die Deutschen selbst treffen, vermutlich werden dafür nicht mehr als drei Monate zur Verfügung stehen. Die wichtigsten Entscheidungen dieser Art werden im sogenannten Lastenausgleich, in der Steuerreform, in der Sicherung einer verträglichen Relation von Preisen und Löhnen und in einem maximalen Sozialschutz gegen zwangsläufige Härten dieses Eingriffes liegen.

Die Reform wird aber zeitfestgehend von den Besatzungsmächten bestimmt, und zwar nach Zeitpunkt und Inhalt. Mit ihren Folgen haben sich die deutschen Stellen auseinanderzusetzen. Wenn man die Dinge politisch sieht, mag einem das inkonsequent, wenn man sie moralisch wertet, ungerecht erscheinen. In jedem Fall wird man sich mit den harten Tatsachen abzufinden haben.

Es ist nun sehr interessant zu sehen, wie auf diese, auch ihnen natürlich voll bewusste Situation die leitenden Stellen der Partei reagieren, die heute in der Politik und in der Verwaltung der Doppelzone und auch im französischen Besatzungsbereich ausschlaggebend ist der CDU. Man müsse sich überlegen, ob die Partei bei bestimmten Massnahmen, die in Zusammenhang mit der Währungsreform notwendig werden würden, mitmachen werde, wurde, laut Rundfunk, erklärt. Da die Reform selbst Sache der Besatzungsmächte ist, kann sich diese Beteiligung nur auf das soziale Schutzprogramm, das ihre Folge sein muss, beziehen. Ergänzend dazu hat Adenauer vor einer CDU-Kreiskonferenz die Vermutung ausgesprochen, dass die nächsten Monate ausserordentlich grosse soziale Spannungen mit sich bringen würden, womit er zweifellos recht hat. Woanders ist in diesem Zusammenhang das Wort von der Renaissance des Klassenkampfgedankens gefallen.

Der Chef der CDU hat daraus die Schlussfolgerung gezogen: Unter diesen Umständen darf es nicht zu allgemeinen Wahlen in Deutschland kommen, weil man es vermeiden müsse, die politischen Leidenschaften des Volkes zu wecken. Das vorgesehene provisorische westdeutsche Parlament, dem es obliegen soll, ein vorläufiges Statut für einen Teil Deutschlands auszuarbeiten, müsse daher auf indirektem Wege, das heisst durch Telegierung von Abgeordneten der verschiedenen Länderparlamente, geschaffen werden. Ferner ist die CDU jetzt mit ihrem Verfassungsentwurf herbeizurufen, der sich weitgehend den Eilwanger Beschlüssen und ihrer überspitzt föderalistischen Linie nähert. Hier wird der Versuch sichtbar, schon in den Vorarbeiten für die Neuregelung der westdeutschen Verhältnisse die Länder so stark zu machen, dass sie gegenüber der Bi- oder Trizone von vornherein in der Verhandlung sind. Dann würde auch von dieser Seite her ein allgemeiner durchgreifender Verbotensatz erschwert.

Es ist nach den Gesagten kaum noch notwendig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, worauf das alles hinaus soll: der Führerkreis der CDU will sich den Wählern gegenüber nicht mit dem Odium eines wirkenden, also für die meisten von ihnen schwerhaften Lastenausgleichs belasten; er fürchtet allgemeine direkte Wahlen wegen dieses offenkundigen Mangels an ausreichender praktischer Hilfsbereitschaft für die Geschädigten aller Klassen und Zonen. Dieser Mangel ist heute schon vielen klar geworden, er würde aber dann besonders peinlich hervortreten, wenn die Notwendigkeit gegeben wäre, klipp und klar zu sagen, wie weit man die Not der Menschen auch unter Opfern zu mildern bereit ist. Dem sucht die CDU aus subjektiv begrifflichen Gründen zu entgehen. Sie liebt es, sich über die angebliche Difierenzierung ihrer politischen Motive zu beschweren. Wenn sie das vermeiden will, muss sie ihre wahren Absichten besser als bisher kaschieren.

In 41 Städten Bayerns

SPD stärkste Partei - Schwere CSU-Niederlage - Erfolge der "Bayern"
Eigenbericht, P. München

Zur Zeit lassen die bisher vorliegenden Ergebnisse der bayerischen Städtewahlen noch keine endgültige Beurteilung zu, da die Stimmen, die nach der Persönlichkeitswahl abgegeben wurden, noch nicht ausgezählt sind. Jedoch können die bisher vorliegenden Ergebnisse, da rund drei Viertel der Wähler sich für das Listen-Wahl-System entschieden haben, durchaus einen Überblick über den Wahlausgang geben.

Das entscheidendste Ergebnis dieser Wahl ist die überaus schwere Niederlage der CSU. Die CSU konnte in diesem Wahlgang nur rund 13% erreichen, während sie bei den Vergleichswahlen am 26. 5. 46 rund 45% der abgegebenen Stimmen erhielt. Das rindere Merkmal, das diese Wahl bestimmt, ist das überaus starke Anwachsen der Bayern-Partei, die in den Städten rund 16% der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Wenn man in Betracht zieht, dass die Stimmen der Bayernpartei sich fast ausschliesslich aus dem CSU-Wählerreservoir rekrutieren, so bleibt doch ein absoluter Verlust dieser Wählergruppe um rund 10% bestehen.

Durch die Spaltung der CSU ist die SPD, die im wesentlichen ihre Stimmen halten konnte, zur stärksten Partei in den Städten Bayerns geworden. In 22 von insgesamt 41 kreisfreien Städten in Bayern, darunter in München, ist sie die stärkste Partei geworden. Zwar ist auch der Stimmenanteil der SPD um rund 7% gefallen. Es muss aber berücksichtigt werden, dass die SPD in zahlreichen Städten eigene Flüchtlingslisten aufgestellt hatte und ein wesentlicher Anteil aus den rund 6% umfassenden Flüchtlingsstimmen auf Sozialdemokraten entfiel. Nur wenige Stimmen wird die SPD an die KPD verloren haben, die von rund 7% auf rund 1% anwachsen konnte.

Auch die FDP hat einen leichten Stimmengewinn von rund 5% zu verzeichnen. Die übrigen Parteien oder Wählergruppen, unter ihnen die NAV, sind Splitterparteien geblieben und auch die parteilosen Kandidaten konnten nur geringe Stimmenanteile auf sich vereinigen.

Die CSU wird zwar durch ihren stärkeren Einfluss auf dem Lande noch immer die stärkste Partei in Bayern bleiben. Jedoch beträgt der Vorsprung vor der SPD zweifellos nur noch wenige Prozent. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass der Abbröckelungsprozess zu Gunsten der Bayern-Partei innerhalb der CSU wohl noch nicht abgeschlossen ist und dass bei einer künftigen Wahl die Bayern-Partei auch auf dem flachen Lande stärker in die Reihen der CSU einbrechen dürfte.

Es steht jedenfalls fest, dass in Bayern eine erhebliche Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse eingetreten ist und dass der gegenwärtige bayerische Landtag und damit die CSU-Regierung jede Legitimität verloren hat, als repräsentative Vertretung des Volkes zu handeln.

Es wäre zweifellos politisch klug, wenn die CSU-Regierung auf Grund der Wahlergebnisse ihren Rücktritt erklären und der Landtag sich auflösen würde, um durch Neuwahlen den veränderten politischen Bild Rechnung zu tragen. Ob die bayerische Regierung und die CSU diese Klugheit besitzen, darf man bezweifeln. Die Politik der SPD wird dahingehen, in klarer Oppositionsstellung zu bleiben und baldige Neuwahlen des Landtags zu fordern. (tel/r/315/2/ae)

Worum Leino abgesetzt wurde

S.K. Stockholm, Ende Mai

Die finnische Regierungskrise hat eine vorläufige Lösung gefunden. Die von den Kommunisten inszenierten Streiks wurden abgeblasen, das Land kehrt rein äusserlich zu normalen Verhältnissen zurück. Es ist jedoch sehr lehrreich, die Hintergründe des Konfliktes noch einmal zu betrachten.

Als der Kommunist Leino Innenminister geworden war, gab es für ihn viel zu tun. Er "reinigte" zunächst das Polizeikorps von "undemokratischen" Elementen, indem er diese durch verlässliche "Volksdemokraten" ersetzte. Ausserdem schuf er eine Reservepolizei und neue Spezialabteilungen zur Durchführung besonderer, vom Innenminister vorgesehener Aufgaben. Sodann entdeckte der Polizeiminister, dass die Stiefendepots der finnischen Armee schlecht verwahrt seien. Er bereitete die Übersiedlung der Waffenlager an "sicherere" Plätze vor, wurde an der Durchführung jedoch von Armee und Regierung gehindert. Leino, durch die Haltung der Armee gereizt, griff die Armeeleitung in scharfen Rundfunkreden an, was die innerpolitische Spannung noch stärker anwachsen liess. Die Regierung hielt es für angezeigt, die Entwicklung der Innenpolitik durch einen eigenen Ausschuss überwachen zu lassen, dem Leino zwar angehörte, der aber seine Aufgabe, die bedrohte innere Ordnung zu schützen, trotzdem sehr ernst nahm. Der Ausschuss, der nach offizieller Version den Innenminister stützen sollte, überwachte ihn. Die Folgen waren auffallende kommunistische Sympathiekundgebungen für Leino und laute Proteste gegen seine Überwachung. In diesem Stadium sprach der Reichstag mit 83 gegen 61 Stimmen dem Innenminister das Misstrauen aus und Staatspräsident Pasikivi zwang ihn schliesslich, den Ministerstuhl zu verlassen.

Die Kommunisten organisierten darauf ein "volksdemokratisches" Streikkomitee, das die Aufgabe hatte, einen Generalstreik vorzubereiten. Schon nach 24 Stunden zeigte sich, dass die Streikaktion an der Weigerung der sozialdemokratischen Arbeiter scheitern würde. Die Gewerkschaftsleitungen hatten sich gegen diesen Streik ausgesprochen und die Mehrheit der Arbeiter folgte den gewerkschaftlichen Forderungen. Die "Volksdemokraten" hielten jedoch hartnäckig an ihrer Forderung fest, ein Kommunist müsse wieder Innenminister werden. Mittlerweile gab Moskau in der Presse den "Volksdemokratischen" Resolutionen breiten Raum, versicherte aber gleichzeitig, dass es

sich hier um eine innere Angelegenheit Finnlands handele, in die sich die Sowjetunion nicht einmengen wolle.

Die Lösung wurde schliesslich gefunden, als der Staatspräsident den bisherigen Schulminister Kilpi zum Innenminister ernannte. Kilpi gehörte dem linken Flügel der sozialdemokratischen Partei an, sympathisierte jedoch seit langer Zeit mit den "Volksdemokraten". Während der Krise gab er nun bekannt, dass er zur Reichstagswahl auf einer "volksdemokratischen" Liste kandidieren würde, worauf er sofort formell aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Die "Volksdemokraten" begnügten sich nun mit seiner Ernennung in der offenkundigen Erwartung, sie hätten den Pierlinger gefunden, der die Reichstagswahlen entsprechend vorbereiten wird. Die Hereinnahme von Hertta Kuusinen in die Regierung als Minister ohne Portefeuille lässt darauf schliessen, dass die Entscheidung des Staatspräsidenten durch ausserpolitische Rücksichten beeinflusst ist; Hertta Kuusinen gilt als die direkte Beauftragte der Kominform. Die "Volksdemokraten" kamen in die für sie angenehme Lage, die Streiks abblasen zu können, bevor sie vollkommen zusammengebrochen waren.

Schon die allernächsten Wochen werden zeigen, ob durch die Lösung der Regierungskrise tschechoslowakische Wahlen vorbereitet wurden oder nicht. Die Finnen bleiben jedenfalls wechsam. (b/285/1/2/he)

Die tschechische Wahlkomödie

sp. Als am Sonntagabend über den Prager Rundfunk Einzelresultate der tschechoslowakischen Parlamentswahlen bekanntgegeben wurden, blieb Beneš eine Erwähnung nicht erspart. Mit bewegter, geradezu von Tränen erstickter Stimme gab der Rundfunksprecher bekannt, dass in Sezinovo Usti, "dort, wo unser geliebter, ehrwürdiger Staatspräsident inmitten seiner Landsleute für das Wohl seines Volkes lebt und wirkt", von 2.178 abgegebenen Stimmen 2.150 für die Einheitsliste votierten und nur 28 weisse Stimmzettel abgegeben wurden. Man kann diese Äusserung auffassen wie man will. Man kann sie ernst nehmen, so ernst und pathetisch, wie sie durch den Äther ging; man kann aber auch die Ironie heraushören, die an den Unterlegenen in Duell Gottwald-Beneš im Februar gerichtet war.

Nach der Wahlkomödie in den anderen Ländern des Ostblocks hat nun auch Gottwald sich nachträglich all das Unrecht sanktionieren lassen, das er drei Jahre lang in der Dritten Republik verbrochen hat. Wenn man die Grösse eines Mannes in Prozenten errechnen kann, dann ist Gottwald gewiss ein grosser Mann. Denn noch vor zehn Jahren, am 21. Mai 1938, den letzten freien Wahlen in der Tschechoslowakei, ist die kommunistische Partei über 10 Prozent aller abgegebenen Stimmen nicht hinausgekommen und auch früher hat Gottwald als damaliger Generalsekretär der kommunistischen Partei nie einen höheren Prozentsatz der Wählerschaft für sich begeistern können. Allerdings spielte sich das im Schutz eines Wahlrechts ab, das wirklich demokratisch

31. Mai 1948

war und in dem öffentliche Abstimmungen gesetzlich verboten waren. Bei den jetzigen Wahlen aber hat der tschechische Innenminister Nosek von vornherein darauf hingewiesen, dass niemand daran gehindert werde, sein Stimmrecht öffentlich, d.h. unter Mitwissen der Wahlkommission auszuüben. Die Tschechen und Slowaken haben diesen Appell genau verstanden, wie ihn Nosek verstanden wissen wollte. Die Welt jedenfalls, in der das Denken noch nicht vom Staat übernommen ist, weiss, was sie von den tschechoslowakischen Wahlen zu halten hat, auch wenn Gottwald der grösseren Wahrscheinlichkeit zuliebe einen grösseren Prozentsatz Keim-Sager genehmigt hat als seine Kollegen in den übrigen "Volksdemokratien". Er kann dies leichtes Herzens tun, denn mit der 70-prozentigen kommunistischen Mehrheit und der dreissigprozentigen Mitläuferschaft im neuen Parlament wird es ihm ein Leichtes sein, die zu beschliessen, die das ganze Unrecht der vergangenen drei Jahre nachträglich legitimieren und für die Zukunft Überraschungen ausschliessen.

----- Akademie für Gemeinwirtschaft -----

sp. In wenigen Wochen wird in Hamburg die Akademie für Gemeinwirtschaft entstehen. Eine begrenzte Anzahl von Hörern im Alter von 20 bis 33 Jahren soll durch ein zweijähriges Studium mit allen wichtigen Fragen der gemeinwirtschaftlichen Theorie und Praxis in hochschulmässiger Weise bekanntgemacht werden. Die Akademie soll eine selbständige und unabhängige Forschungslehranstalt sein, die Studenten erhalten ein umfassendes historisches, rechtliches, wirtschaftliches und soziologisches Wissen über eine demokratische Gemeinwirtschaft vermittelt. Träger der Akademie werden der Hamburger Senat, die Gewerkschaften, der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften und der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen-, Baugenossenschaften und -gesellschaften sein.

Verantwortlich Peter Kuhnau